

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

20.4.1877 (No. 93)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 20. April.

№ 93.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Königlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 23. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachbenannten folgende Auszeichnungen zu verleihen und zwar:

- 1) Den Hausorden der Treue dem Königlich Preussischen Wirklichen Geheimrath und Kammerherrn, Oberhof- und Hausmarschall und Oberstallmeister Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Grafen von Pückler.
- 2) Den Stern zum bereits innehabenden Kommandeurkreuz des Militär-Karl-Friedrich-Verdienst-Ordens dem Königlich Preussischen Generalmajor von Gottberg, Chef des Stabes der IV. Armee-Inspektion.
- 3) Das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen dem Maler und Direktor der Kunstakademie in Berlin, A. von Berner.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachbenannten Höchstherrn Orden vom Zähringer Löwen zu verleihen und zwar:

- 1) Das Kommandeurkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub dem Marquis Spinola, Honorar-Ceremonienmeister und Direktor der Verwaltung des Königlichen Hauses in Palermo.
- 2) Das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub dem Professor Federici an der Universität in Palermo und dem Dr. med. Berlin in Palermo.
- 3) Das Ritterkreuz erster Klasse dem Kaiserlich Deutschen Konsul Kopp in Palermo.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachbenannten Höchstherrn Orden vom Zähringer Löwen zu verleihen und zwar:

- 1) Das Kommandeurkreuz zweiter Klasse dem Kaiserlich Deutschen Botschaftsrath E. von Derenthal in Rom.
- 2) Das Eichenlaub zum bereits innehabenden Ritterkreuz erster Klasse dem Kaiserlich Deutschen Konsul Adolf Mast-Kolb in Rom.
- 3) Das Ritterkreuz erster Klasse dem Kaiserlich Deutschen Generalkonsul D. Beer in Neapel; dem Militär-Attaché der Kaiserlich Deutschen Botschaft in Rom, Hauptmann von Philipsborn und Premierlieutenant von Endevoort.
- 4) Das Ritterkreuz zweiter Klasse dem Syndikus von Tivoli bei Rom, Pietro Tomei.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Hofverwalter Johann Sebastian Schenk in Bruchsal das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstherrn Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordres vom 12. d. M. nachstehendes Allergnädigst zu bestimmen geruht:

- Vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 wird der Unteroffizier von Meyern-Hohenberg zum Portepeeführer befördert.
- Vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 wird der Oberst und Kommandeur von Koppelow in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regiments-Uniform mit den bestimmungsmäßigen Abzeichen, unter gleichzeitiger Verleihung des königlichen Kronen-Ordens 2. Klasse, zur Disposition gestellt; dem Secondelieutenant von Szcepanski wird der Abschied behufs Nachsuchung des Auswanderungs-Consenfes bewilligt.
- Vom 2. Bataillon (Heidelberg) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110 wird der Vice-Feldwebel Drollinger zum Secondelieutenant der Reserve des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und vom 2. Bataillon (Karlsruhe) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111 der Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie Fecht, vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113 der Secondelieutenant Leutwein, sowie vom 2. Bataillon (Vörrach) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113 der Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie Groschupf zum Premierlieutenant befördert.
- Der Oberst von Bredelow vom 2. Hannover'schen Infanterie-Regiment Nr. 77 wird zum Kommandeur des 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 22 ernannt.

Nicht-Königlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 18. Apr. In Bezug auf die Angelegenheit des inhaftirten Redakteurs Kantecki ist es in Folge unablässig fortgesetzter Untersuchungsmaßregeln der Postbehörden heute gelungen, den schuldigen Beamten, einen Postagenten, zu ermitteln. In Folge dessen hat der General-Postmeister die sofortige Zurücknahme der Requisition des Ober-Postdirektors zu Bromberg an das Kreisgericht Posen hinsichtlich des Zeugniszwangs-Verfahrens gegen Kantecki telegraphisch angeordnet.

† Berlin, 18. Apr. Die „Provinzial-Korrespondenz“ schreibt: Die Orient-Frage ist zu einer entscheidenden Wendung gelangt. Angesichts der schroff ablehnenden Erklärung der Pforte sei jede Hoffnung auf einen Erfolg weiterer Verhandlungen geschwunden. Wenn somit der Kriegsausbruch nicht mehr zu vermeiden sei, werde das gemeinsame friedliche Streben der europäischen Mächte gewiß um so entschiedener dahin gehen, irgendwelche weitere Ausdehnung des Krieges in jeder Weise zu verhüten. — Das Blatt bespricht ferner den Gang der Reichstags-Verhandlungen und glaubt, der Schluß der Session könne selbst unter Verzicht auf die Erledigung mehrerer wichtiger Vorlagen kaum vor Mitte des Monats Mai erfolgen. Die Reise des Kaisers nach Wiesbaden dürfte, falls die Witterung es gestattet, gegen Ende dieser Woche erfolgen.

† Stuttgart, 18. Apr. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Der König hat die Einbringung des von der evangelischen Ober-Kirchenbehörde ausgearbeiteten Entwurfs einer Kirchengemeinde- und Synodalordnung behufs Einbringung bei der Landesynode genehmigt.

† Wien, 18. Apr. In einem Handschreiben des Kaisers an den Marschall Erzherzog Albrecht gedenkt der Kaiser in warmen Worten der hohen Verdienste desselben im Frieden und im Kriege. In demselben drückt Sr. Majestät dem Erzherzoge seine eigenen herzlichen und aufrichtigen Glückwünsche und jene der Armee anlässlich des 50jährigen Dienstjubiläums aus. — Der Kriegsminister beglückwünschte, umgeben von den Vertretern der Armee, den Erzherzog Albrecht, welcher hierauf antwortete: Er verdanke dem Kaiser seine Stellung und der Mitwirkung der Waffengefährten die errungenen Erfolge. Das eifrigste Bestreben Aller möge dahin gehen, den alljährlichen Soldatengeist fortzupflanzen, dann werde der Sieg nicht fehlen.

† Wien, 17. Apr. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Bukarest: Der rumänische Ministerrath beschäftigte sich mit der Frage der Mobilisirung der ganzen Armee. General Joan Ghita ist gestern Abend in Spezialmission nach Kischeneff abgereist. — Ein Petersburger Telegramm derselben Korrespondenz meldet, der russische Geschäftsträger in Konstantinopel, Nelidoff, erhielt die Weisung, sich für den 19. d. M. zur Abreise von Konstantinopel bereit zu halten.

† Wien, 18. Apr. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Bukarest von heute: Die Regierung hat die Konzentration von 10,000 Mann zum Schutze der Hauptstadt gegen einen allfälligen Handstreich Seitens der irregulären türkischen Truppen beschlossen.

† Rom, 18. Apr. Aus der heute zur Ergänzung des Grünbuchs vertheilten Korrespondenz geht hervor, daß in dem Moment, in welchem die Forderung Englands betreffs der Abrüstung die Unterzeichnung des Protokolls beinahe bereitet hätte, die italienische Regierung bemüht war, die Schwierigkeiten zu ebnen, indem sie eine entsprechende spontane Erklärung Italiens anregte. Der in dem Proceß verbal angenommene Vorbehalt Italiens wird in einer Depesche Melegari's an Menabrea vom 31. März dahin erklärt, daß Italien volle Aktionsfreiheit behalte für den Fall, daß England erklären sollte, daß das Protokoll, soweit es England angehe, seinen Werth verloren habe. In einer Depesche an den Geschäftsträger in Konstantinopel vom 13. April erklärt Melegari, er habe bei Empfang des türkischen Zirkulars dem Gehanben der Pforte sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen über die Entscheidung der Pforte, welche leider die ernstesten und für die an die Erhaltung des Friedens sich knüpfenden Interessen nachtheiligsten Folgen haben könne.

† London, 17. Apr. „Reuters Bureau“ meldet aus Washington: Das landwirthschaftliche Bureau hat einen Bericht erstattet, wonach der Stand des Getreides in 218 von 868 Grafschaften ungünstig, in 650 mittelmäßig oder im Vergleich zu den vorherigen Beurtheilungen günstig ist. Der durch Frost verursachte Schaden ist nicht so groß, wie

gewöhnlich. Heuschrecken sind in Kansas, Nebraska, dem Indianerterritorium und Texas aufgetreten und drohen in einigen Grafschaften die Ernte zu zerstören.

† London, 17. Apr. Abends. Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär Bourke auf Anregung Sandford's, die Neutralität Rumäniens sei weder im Pariser noch in anderen Verträgen garantiert. Rumänien werde amtlich Fürstenthum Moldau-Wallachei genannt und in den Beziehungen zu anderen Mächten als Theil des türkischen Reiches angesehen.

† London, 18. Apr. Der „Morningpost“ zufolge ist Oesterreichs Vermittlungsversuch gescheitert. Das Blatt erzählt, Schwalow werde, falls die schwebenden Verhandlungen enden, London auf kurze Zeit verlassen. Dieser Schritt involvirt keinerlei Veränderung in den Beziehungen zwischen England und Rußland; die Reise dürfte vielmehr zu einer schließlichen Verständigung beider führen. — „Daily News“ empfiehlt die Besetzung Konstantinopels englischer Seite, falls Rußland Absichten auf dasselbe offenbare. Die Okkupation sollte indeß nicht mit der späteren Rückgabe an die Türkei endigen, wenn sie für Englands Interessen unternommen würde.

† St. Petersburg, 18. Apr. Die an auswärtigen Börsen verbreiteten Gerüchte über Veränderungen im türkischen Ministerium werden durch keinen Umstand bestätigt und erscheinen sonach als unrichtig. Der Kaiser und Großfürst-Thronfolger treten am Freitag früh die Reise nach Kischeneff an und werden Montag Abend daselbst eintreffen. Die Korrespondenz der „Agence Russe“ hebt hervor, im Protokoll sei wohl der Fall, daß die Pforte innerhalb einer bestimmten Frist die Reformmaßregeln nicht zur Ausführung gebracht habe, vorgeesehen, aber nichts für den Fall bestimmt, daß die Pforte die peremptorische Ablehnung des Protokolls selbst eintreten lasse. Letzteres sei Angesichts der von England abgegebenen Deklaration annullirt. Der von den europäischen Mächten auf der Konferenz zu Konstantinopel verfolgte Zweck bleibe aber nichtsdestoweniger vollkommen bestehen. Rußland, dessen Hände durch die Seitens der Pforte erklärte Ablehnung frei geworden seien, werde bestrebt sein, diese europäische Aufgabe gegenüber der Pforte zu erfüllen.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Apr. Der Staatsanzeiger Nr. 17 vom heutigen enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden: 1) Des Ministeriums des Innern: a. die Anstellung von Baderärzten betr.; b. die Wahl der Kreisauerschüsse betr. 2) Des Handelsministeriums: die Ueberwachung der Dampffessel betr. 3) Des Finanzministeriums: a. die erste diesjährige Gewinnziehung des Rottweilanlehens der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahre 1845 betr.; b. das Aproz. badische Eisenbahn-Prämienanlehen vom Jahre 1867 betr.

A. Berlin, 17. Apr. Die mitunter gut unterrichtete Matthias'sche „Deutsche Reichskorrespondenz“ schreibt: Es ist das vierte Mal, daß in diesem Jahrhundert Rußland das Schwert ergreift zur Zerstörung des Osmanenreichs, welche Kaiser Alexander in dem türkischen Kriege von 1807 bis 1812 und Kaiser Nikolaus zweimal Ende der zwanziger Jahre und im Krimkriege vergebens angestrebt hatte. Ob das Ziel, das sich die russische Politik vorgesetzt, die Türken aus Europa zu treiben, diesmal von größerem Erfolg gekrönt sein wird, diese Frage hängt von der Stellung ab, welche England und Oesterreich-Ungarn im Verlaufe des bevorstehenden Krieges annehmen werden. Was Oesterreich anlangt, so haben alle in Wien maßgebenden Persönlichkeiten sich für strikte Neutralität entschieden, so lange Rußland keine Eroberungen machen und sich lediglich auf die Befreiung der Christen in der Türkei beschränken werde. Die Stimmen derer, welche ein entscheidendes Eingreifen der Oesterreicher zu Gunsten der Türkei verlangen derart, daß Oesterreich eine Armee in Siebenbürgen und eine andere in Galizien aufstelle, sind sehr vereinzelt und fallen kaum ins Gewicht gegenüber den Entscheidungen, die bereits getroffen, um nicht von Beobachtungen zu reden, die zwischen dem Petersburger und Wiener Kabinete schon seit längerer Zeit zu Stande gekommen sein sollen, und wonach Oesterreich sich zur Besetzung Bosniens verpflichtet haben soll. Letzteres erscheint uns wahrscheinlich, gewiß aber ist, daß der Kaiser Franz Joseph und der Erzherzog Albrecht sich auf das Bestimmteste gegen eine russenfeindliche Haltung Oesterreichs entschieden haben, und daß die österreichische Regierung z. Z. fest entschlossen ist, alle Bestrebungen niederzuhalten, welche von den Magyaren hartnäckig verfolgt werden, um eine mächtige Volksbewegung in Ungarn hervorzurufen und Oesterreich in den Krieg hineinzutreiben. In wie weit es jedoch Oesterreich gelingen wird, der Situation in Ungarn unter allen Umständen Herr zu bleiben, ist freilich eine andere Frage. Sollte England wirklich aktiv eingreifen wollen zu Gunsten der Integrität der Türkei, und einen großen Theil seiner indischen Streitkräfte auf den Kriegs-

schauplatz in Europa werfen, so wäre es nicht unmöglich, daß an Oesterreich die Verjudung herantrete, die „gebundene Marschroute“ aufzugeben und offen Front zu machen gegen Rußland. Doch erscheint es gegenwärtig müßig zu sein, sich in Kombinationen über die weitere Entwicklung der orientalischen Frage zu ergehen. Einstweilen darf an der Hoffnung festgehalten werden, daß der Krieg lokalisiert werde und daß die englische Politik weniger auf ein direktes Eingreifen zu Gunsten der Türkei, als auf eine Wahrung der englischen Interessen im Orient hinausläuft. Die letztere braucht durchaus nicht zu einem Konflikt mit Rußland zu führen und wird es auch schwerlich, wenn Rußland seine eventuellen Siege über die Türken nicht zu materiellen Eroberungen auf der Balkanhalbinsel ausnützt, was schon um deswillen unwahrscheinlich ist, weil die sämtlichen übrigen Mächte in der Negation russischer Eroberungszwecke eben so einig sind, als in der Verurteilung der türkischen Mißwirtschaft.

W. Berlin, 18. Apr. (Reichstag. 24. Sitzung.)

10¹/₂ Uhr. Am Tische des Bundesrats: Staatsminister Hofmann. (Die Bänke des Hauses und die Tribünen sind sehr spärlich besetzt.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Schluß der Beratung über die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung. Die Diskussion ist bekanntlich in der gestrigen Sitzung geschlossen und für die heutige Beratung nur den Antragstellern das Schlußwort vorbehalten worden.

Der erste Redner ist der Mitunterzeichner des Antrags der Deutsch-Konservativen, Abg. v. Helldorf: W. H., in der Diskussion der letzten beiden Tage ist mehrfach der Vorwurf erhoben worden, daß die vorhandenen gewerblichen Mißstände vom Parteistandpunkt aus zu Parteizwecken ausgelegt worden seien. Diesen Vorwurf kann ich so ganz nicht als zutreffend anerkennen. Die Mißstände sind nicht neu, aber von der gegenwärtigen großen Krise im wirtschaftlichen Leben ist der heutige Mißstand fast unabhängig. Derselbe betrifft namentlich die Qualität der gewerblichen Leistungen. Das Heruntergehen derselben wird durch seine geistigen Einflüsse schädigend auf das Leben des Handwerks und Gewerbes. Die Mißstände haben sich bereits seit dem Jahre 1870 in einer wachsenden Progression geltend gemacht und sind eben so scharf hervorgetreten in der Zeit der Blüte der Industrie, wie in der Zeit des Rückganges derselben. Diese Mißstände treffen ebenso das kleine Gewerbe, wie die große Industrie. Ich erkenne gern an, daß die Ursachen, welche diese Zustände hervorgerufen, nicht allein in der Gewerbebesetzung oder im Freizügigkeitsgesetz zu suchen sind, sie haben ihren Ursprung noch in vielen andern, namentlich auch in den geistigen Einflüssen, denen die arbeitenden Massen in der letzten Zeit unterworfen gewesen sind. In diesen geistigen Einflüssen liegt die Hauptursache der schweren inneren Mißstände. In diesem Sinne brauchen wir unsern Gesetzentwurf ein, wenn wir auch nicht glauben, daß derselbe geeignet ist, alle auf gewerblichem Gebiete vorliegenden Mißstände zu heilen. W. H., ich wiederhole hier die Aeußerung meiner Parteigenossen, daß die Prinzipien der Gewerbebesetzung durch uns nicht angefochten werden sollen, nur über das Maß derselben besteht die konservative Meinungsabweichung. Nach dieser Richtung hin gestalten Sie mir, nur einige wenige Gedanken auszuführen. Ein Hauptpunkt des Uebels in den liberalen Anträgen ist die Inkonsequenz mit Bezug auf den Arbeits-Kontraktbruch, wie dieselbe namentlich in dem Widerstreben gegen die Einführung von Arbeitsbüchern hervortritt. Wir sehen in denselben eine Hauptwaffe gegen die Verleider und Anstifter zum böswilligen Arbeits-Kontraktbruch. Die Konsequenz besteht in der Einführung von Arbeitsbüchern. In direktem Zusammenhang damit steht ja der auch von Ihnen (den Liberalen) geforderte obligatorische Lehrlingsvertrag, bezüglich dessen Sie sich ebenfalls einer Inkonsequenz schuldig machen. Denn wenn zur Verhütung des Kontraktbruchs seitens des Lehrlings Wirksamkeit gesehen soll, so müssen die festzusetzenden Strafmaßregeln in Gestalt der zwangsweisen Zurückführung des Lehrlings diesen selbst, nicht dessen Anverwandte treffen. Daß die vielbesprochene Gewerbebesetzung von 1849 ein bloßes Blatt geblieben ist, das ist die Schuld dieser liberalen Theorie und der dadurch geschaffenen Stimmung, welche gewerbliche Organisationen verhinderte. Hinsichtlich der vielfach herangezogenen Zünfte bemerke ich, daß sich dieselben doch aus wesentlich anderem Material zusammengesetzt, als das heutige Handwerk, daß es die Noth war, welche die Zünfte zu ihren Einrichtungen zwang. Wenn Sie, meine Herren auf der linken Seite dieses Hauses, die Hebung des Handwerks auf Ihre Weise versuchen, wie viele Generationen sollen darüber hingehen? Ich komme wieder darauf zurück, daß eines der wesentlichsten äußerlichen Hilfsmittel dazu die Einführung von Arbeitsbüchern ist, — freilich die Hauptdifferenz, die unseren Antrag von denen der Herren Richter, Hirsch und Bebel scheidet. Aber ich erkläre nochmals, daß wir damit das Prinzip der freien Arbeit in keiner Weise durchbrechen wollen. Es liegt durchaus nichts Unwürdiges darin, denn es gibt fast keine einzige Stellung im Leben ohne Legitimation und Ausweis durch Zeugnisse, welche durch ein großes öffentliches Interesse gerechtfertigt sind. Die Freizügigkeit wird durch Legitimationspapiere nicht beschränkt, dieselben sind für die Freizügigkeit vielmehr ein ganz unentbehrliches Korrektiv. Ich erinnere Sie daran, daß seit dem Jahre 1870 zahlreiche Petitionen in dieser Richtung ergangen sind, aus allen Gegenden des Reiches, und darunter von den achtbarsten Korporationen gut liberaler Gesinnung eben unter dem Druck der öffentlichen Meinung. In diesem Sinne können wir uns auch das Anwachsen der sozialistischen Bestrebungen erklären, welche einen tatsächlichen Hintergrund und vielfach berechtigtes enthalten, das wir anerkennen. Fahren die Herren Liberalen auf dem betretenen Wege der Begünstigung vorhandener Mißstände fort, so werden sie die Sympathien der guten Arbeiter in kurzer Zeit völlig verlieren! Was unsere Stellung zu dem Antrage des Grafen Galen betrifft, so meinen wir, daß auch dieser Achtung und mindestens Beachtung verdient, daß die vorbereitende Kommission für diese Anträge auch aus diesem mancherlei nützlichen Material entnehmen kann. Das Resumé unserer Absichten mit unserem Antrage aber ist dieses, daß in der gewerblichen Frage ein praktisches Vorgehen erfordert wird, daß es sich dabei nicht um einseitige Parteizwecke handelt, sondern darum, einem wirklich vorhandenen Mißstand entgegenzuarbeiten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Meppen) (für den Antrag des Zentrums): Meine Herren! Es hatte der Kollege v. Schorlemer-Alf die Absicht, von dieser Stelle aus die Antwort auf die gestrigen Ausführungen zu übernehmen. Derselbe ist aber abgerufen worden und

deßhalb werde ich seine Stelle einnehmen. Zunächst muß ich die Gelegenheit benutzen, dem Abg. Richter auf das zu antworten, was er über unsere Stellung zur Gewerbeordnung gesagt hat. Er hat hervorgehoben, daß ich und meine Freunde für die Gewerbeordnung gestimmt haben. Es ist das der Fall gewesen hauptsächlich bei denjenigen Punkten, wo man der Polizei Maßregeln überweisen wollte, welche wohl die Macht der Bureaucratie, nicht aber die stützende handliche Ordnung des Gewerbes zu durchbrechen geeignet waren. Es ist mir auch gesagt, daß wir uns für Koalitionsfreiheit erklärt haben. Auch das erkenne ich an; wir sind entschiedene Anhänger derselben heute wie früher, und ich meine, daß nichts in den Anträgen enthalten ist, was dem entgegensteht. Ich bemerke übrigens, daß ich meinstetens in der Zeit, seitdem die Gewerbeordnung erlassen worden, Vieles gelernt habe. Sodann kann ich nicht umhin, zu sagen, daß die Diskussion, der ich beizuwohnen die Ehre hatte, auf mich einen höchst erfreulichen Eindruck gemacht hat, nämlich den Eindruck, daß alle Parteien mit vollem Ernst bemüht sind, die wirtschaftlichen Schäden, welche sich geltend gemacht, zu heilen, soweit dies auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen kann. Ich sage: kann, denn darüber sollte sich doch Niemand täuschen, daß die Gesetzgebung allein etwas nicht leisten kann. Das Wesentliche muß die Bevölkerung selbst thun; sie muß vor Allem von dem Jagen nach materiellem Genuß Abstand nehmen, sie muß nach Kräften bemüht sein, sich mehr anzuhüten in den verschiedenen gewerblichen Tätigkeiten, damit wir konkurrenzfähiger werden dem Auslande gegenüber, sie muß allerdings auch in der Noth der Zeit lernen, mit etwas weniger anzukommen, wie in den letzten Jahren. Ich glaube, es kann dies nicht genug hervorgehoben werden, weil man anfängt, in letzter Zeit zu glauben, Alles müsse vom Staate kommen. Dieser kann nur Hindernisse beseitigen, das Uebrige muß aus eigener Kraft geschehen. Ein zweites sehr erfreuliches Resultat der Diskussion ist, daß man der Socialdemokratie gegenüber eine ganz andere Stellung eingenommen hat, als früher, daß man ihr nicht mehr mit Knüttel und Söbel gegenübertritt. Ich meinerseits würde den Anträgen dieser Herren in vielen Punkten folgen können, aber ich muß mit dem Abg. Kasper behaupten, daß dieselben doch etwas zu einseitig sind, da sie lediglich die Interessen der Arbeiter im Auge haben. Auch die Arbeitgeber müssen Berücksichtigung finden, das liegt im Interesse der Arbeiter selbst. Die Bekämpfung der Socialdemokratie kann lediglich darin bestehen, daß wir den berechtigten Forderungen derselben nachgeben. Auf diesem Wege sind wir, und das ist eine der erfreulichsten Seiten der Diskussion zu der Rechtfertigung des Galen'schen Antrages bedauerlich Redner, daß man das sittlich-religiöse Prinzip so wenig berücksichtigt, und wendet sich im weiteren Verlauf seiner Rede auch gegen die Ausführungen des Abg. v. Kleist. Wenn derselbe gemeint, das Centrum habe sich in seinen Anträgen, namentlich in Bezug auf die Sonntagsarbeit, nicht so allgemein ausdrücken sollen, so habe ich darauf zu erwidern, daß ich auch die Herren Richter zu den Arbeitern rechne (Heiterkeit). Es handelt sich bei diesen Vorschlägen übrigens nur um das Abtrunnen für die Enquete; man hat damit nur andeuten wollen, worauf dieselbe zu richten sei. Man hat gesagt, in unserm Antrage sei nichts enthalten, was der Beachtung werth wäre, und doch enthält derselbe mehrere Punkte, mit denen die Enquete sich bereits beschäftigt hat. Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß, wenn die Regierung demnach Vorschläge machen sollte, eine Einigung sich wohl wird herbeiführen lassen. Was soeben die gestrigen Bemerkungen des Abg. Kasper in Bezug auf den Adel anbelangt, so muß ich darauf erwidern, daß es keine populärere Klasse gibt, als den Adel. Derselbe hat seine Bedeutung dadurch, daß er dem Vaterlande und dem Volke dient und im Volke seine besterbeste Unterstüzung findet, wie die Bahnen beweisen. Wir, die wir dem Adel nicht angehören, würden aber gut thun, ihm in diesem Ringen, treu zu dienen dem Vaterlande und dem Volke, den Sieg freitig zu machen. Ich habe die Hoffnung, daß die Verhandlungen in diesem Hause und in der Kommission ein so reichliches Material liefern werden, daß es möglich sein wird, bei der bevorstehenden Revision der Gewerbebesetzung das Richtige zu treffen.

Abg. Dr. Wehrenpfeunig (für den Antrag der Nationalliberalen): W. H.! Ich erlaube mir gleich an die Stelle der Rede des Abg. Windthorst anzuknüpfen, wo er von dem Adel sprach. Wenn derselbe ein Bedürfnis fühlte, über den Adel etwas Schönes zu sagen, so war es meines Erachtens nicht notwendig, den Abg. Kasper damit in Verbindung zu bringen, denn dem Abg. Kasper solche Unwissenheit zuzumuthen; daß er Adel und Feudalismus nicht zu unterscheiden vermöge, ist etwas, was einem Kollegen gegenüber doch nicht gestattet sein sollte. Ich niemals dem Freiherrn vom Stein, den Mollat's etc. der Vorwurf des Feudalismus gemacht worden? Ich habe das Gefühl, daß die heutige Debatte wesentlich zu Abwiegen bestimmt ist. Der Abg. v. Helldorf hat das Bedürfnis gefühlt, seinen Nachbar v. Kleist, Kadow etwas zu desavouiren; Abg. Windthorst hat in Folge seiner längeren Abwesenheit verumthätigt nicht mitgewirkt bei der Abfassung der Anträge des Grafen Galen und ihrer Motive, denn er hätte dieselben nach seiner heutigen Rede ganz unmöglich gemacht. In einem hat der Abg. Windthorst sich sehr Unrecht gethan, wenn er nämlich geglaubt hat, wir wären gegen den religiös-sittlichen Inhalt seiner Anträge gewesen. Das ist absolut unrichtig. Das Gefühl, welches wir bei der Rede des Grafen Galen hatten, war das, als wenn wir eine alte Chronik in den Händen hätten, und wir, nachdem wir sie gelesen, eben so klug waren, als vorher. Wenn Alles, was Sie verlangen, sich nach dem Typus der Familie entwickeln soll, so beantworten Sie danach doch die Frage, wie der Lehrling, wenn er daonläuft, behandelt werden soll, ob die Freizügigkeit aufzuheben ist oder nicht u. dgl. m. Wenn wir nach den allgemeinen religiösen Offenbarungen auch eine Offenbarung über das Lehrlingswesen, über die Freizügigkeit etc. hätten, so würden Sie mit Ihren Ausführungen Recht haben, dann wäre Alles fix und fertig, denn dann würden Sie uns beweisen können: dies ist göttliche Ordnung, jenes ist die Ordnung des Teufels. Wie kann der Abg. Windthorst sich damit vertheidigen wollen, daß er sagt: Sie hätten die Detaillirung Ihrer Anträge absichtlich unterlassen. Das haben wir auch gethan, denn bei Erledigung unserer Anträge gibt es noch Hunderte von Punkten, welche der Erwägung bedürfen. Sie aber haben in Ihrem Antrage überhaupt keine Vorschläge gemacht. Ich habe mich gefreut, daß der Abg. Windthorst so mächtig über die gewerblichen Fragen gesprochen hat und so entschieden gegenüber der Socialdemokratie, obwohl ich glaube, daß seine Ermahnungen eben so wenig Früchte tragen werden wie die Ermahnungen des Abg. v. Kleist, Kadow; allein was ich wünsche, das wäre, daß der Abg. Windthorst seinen großen Einfluß dazu verwendete, in demselben sittlich-religiösen Sinne, in dem er heute gesprochen hat, auch auf seine Parteigenossen

zu wirken. Draußen hat die Partei ein ganz anderes Gesicht als hier. Hier sind die Herren fromm und vorsichtig und Gegner der Socialdemokraten, dagegen draußen finden wir sog. christlich-social Programme aufgestellt, welche sich von den socialdemokratischen Programmen gar nicht mehr unterscheiden. Ich erinnere Sie nur an das christlich-social Programme des Abg. Mousfang (Redner verliest einige Stellen daraus). Sie sollten wirklich suchen, Ihre offizielle Politik mit der Politik draußen etwas mehr in Einklang zu setzen. Wende ich mich jetzt zu den Deutsch-Konservativen, so würde ich auf deren Ausführungen nicht eingehen, wenn ich nicht wiederum den Unterschied konstatiren müßte in der Motivirung ihrer Anträge hier und in der Motivirung draußen. Sie können ja auf dem Standpunkte stehen bleiben, daß das Arbeitsbuch ein sehr nützliches Ding sei, aber daß dasselbe genügen solle, um die Zucht und Ordnung wieder herzustellen, die wir Nationalliberalen nicht wieder herstellen wollen, das begreife, wer da kann. Aber Sie haben dabei vergessen, daß die Auflösung des Lehrlingsverhältnisses nicht bloß allein von Lehrling ausgeht, sondern oft auch darin seinen Grund hat, daß die Meister ihre Pflicht in Bezug auf die Erziehung und Ausbildung des Lehrlings so wenig erfüllen. Das französische Gesetz hat diese Punkte vorgelesen und wir werden dieselben später noch in der Kommission erwägen können. Ich würde dies nicht erwägen, wenn ich nicht leider sehe, in welcher Weise die gewerbliche Bewegung benutzt wird gegen Alles, was liberal heißt. Redner verliest zum Beweise dessen einen Wahlartikel des Abg. v. Nathans-Ludow und sagt hinzu: Wir werden vor wie nach mit sorgfältigen Blicken auf jede Lücke, auf jeden verbesserungsfähigen Punkt in der Gewerbeordnung sehen; wir werden uns bemühen, diese Lücken auszufüllen; aber die Kalamität, wie sie heute herrscht, wird dadurch nur sehr wenig geändert werden. Weit besser würde sie geheilt, wenn alle Parteien sich vornehmen würden, die Verhältnisse des Handwerkes keineswegs niemals zum Gegenstande der Wahlpollenation zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bebel sucht hierauf bei der Rechtfertigung seiner Anträge in längerer Rede zu beweisen, daß das socialdemokratische Programm vielfach mißverstanden, wo nicht absichtlich mißdeutet werde. Die socialdemokratische Partei verfolge mit ihren hier vorgelegten Anträgen keine einseitigen Parteizwecke, sondern nur die Zwecke der Humanität und allgemeinen Wohlfahrt. Die religiösen Anschauungen, welche dabei in's Spiel kommen, gingen die Socialdemokraten nichts an, da sie die Religion lediglich als Privatsache betrachteten und Niemandem mit Gewalt eine bestimmte Religion aufzuzwingen versuchten. (Große Heiterkeit.) Das beschränkte Recht der Arbeiter ruhe auf viel besseren Grundlagen, als vielfach die Rechtsmittel der Fürsten und Adels. (Lärm.) In seiner weiteren Ausführung bekämpft der Redner demnach besonders den Antrag des Abg. Dr. Hirsch, dessen Begehren nach verbesserter Bildung der arbeitenden Klassen er als ein unter der Herrschaft der Bourgeoisie illusorisches Begehren nennt. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Kasper gegen den Normalarbeitsvertrag berühren, nach Ansicht des Redners, auf vollkommener Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Ebenso verurteilt Redner die Meinung des Abg. Hirsch, daß eine Verkürzung der Militär-Dienstzeit für diejenigen jungen Handwerker bewilligt würde, welche eine bessere Bildung nachweisen; das sei nur die abermalige Schöpfung eines Privilegiums für eine kleine Klasse, ähnlich wie das Einjährig-Freiwilligen-Institut. Redner ergeht sich dann in großer Breite mit den üblichen socialdemokratischen Redensarten über das angeblich unhaltbare Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Besonders greift er den konservativen Vorschlag der Einführung von Arbeitsbüchern an, die nach seiner Meinung nur die Quelle zu großartigen Arbeitsmisslingen sein würden. Gerade im Interesse der herrschenden Klassen und zur Einengung des vorhandenen Klassenhasses möge der Reichstag den Antrag Hirsches annehmen.

Damit sind die Reden der Antragsteller beendet und nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen beschließt das Haus die Ueberweisung sämtlicher Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern und der Reichstag wendet sich hierauf zu der Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden Berichte der Wahlprüfungskommission.

Es werden zunächst die Wahlen der Abgg. Graf Florjowski (vorher Bromberger Wahlbezirk), v. Schallig (viertel Doppelner Wahlkreis) und Dr. Weigel (achter Kaffeler Wahlkreis) ohne Diskussion dem Antrage der Kommission gemäß, für gültig erklärt.

Im sechsten Berliner Wahlkreise ist bekanntlich der Redakteur Gajensever mit einer Majorität von 21 Stimmen gewählt. Die Wahlprüfungskommission beantragt die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl, weil 62 Wähler ohne ihre Schuld von der Wahl ausgeschlossen worden seien, nach deren Hinzurechnung der Abg. Hasenclever die absolute Majorität nicht mehr haben würde.

Abg. Moser tritt für die Gültigkeit der Wahl ein. Er führt aus, daß Tausende von Menschen auf ganz eigenhümliche Gedanken kommen müßten, wenn sie den Kommissionsantrag hörten. In allen Berliner Wahlkreisen sind nicht bloß Unregelmäßigkeiten, sondern wirkliche Ungeheuerlichkeiten vorgekommen. In ganz Deutschland existirt kein Dorf, wo die Listen mit einer solchen Leichtigkeit angefertigt worden sind, wie hier in Berlin. Im 6. Wahlkreise sind 3000 Arbeiter von der Urne weggewiesen worden, weil sie nicht in den Listen standen, und da kann man sich einen Begriff von der Ordnung machen, welche in dieser Beziehung hier herrscht. Die Beeinträchtigung der Socialdemokraten durch schlechte und lüdrige Eintragung in die Listen ist aber nicht das Einzige, worüber sie sich zu beklagen haben. Da sind Fabrikanten gewesen, welche zu ihren Arbeitern gesagt haben: wählt Hasenclever und morgen ist meine Fabrik geschlossen. Geheime Wahlen haben wir nicht, da die Stimmzettel erkennbar sind, und viele wurden dadurch eingeschüchtert oder gingen gar nicht zur Wahl. Wenn die Socialdemokraten trotzdem gegen die Wahl nicht protestirt haben, so liegt dies darin, weil sie im 6. Berliner Wahlkreise gesiegt haben und man gegen eine siegreiche Macht doch nicht protestirt. Redner sucht demnach nachzuweisen, daß die Wahl Hasenclever's trotz der gerügten Vorfälle gültig sei, da die Unterschriften unter dem Proteste theilweise erschligen seien, und schließt mit der Erklärung, daß die Socialdemokraten die Wahlschlichtung nicht fürchten, denn für sie sei die Wahl nur ein Exerzium im Feuer und die Arbeiterbataillone stehen gerüstet.

Abg. Richter (Hagen) rechtfertigt den Kommissionsantrag. Die vom Vorredner gerügte Unvollständigkeit der Listen liegt an den betreffenden Personen selbst, und wenn also 3000 socialdemokratische Arbeiter nicht in die Listen eingetragen gewesen sind, so fällt der Vorwurf der Leichtigkeit auf diese Leute selbst zurück. Die Socialdemokraten glauben, ihnen stehe allein das Recht zu Wahlsituationen zu

N. 225. Im Verlage der Unterzeichneten ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Hopfenbau.

Eine gemeinschaftliche belehrende Darstellung der Kultur und Behandlung des Hopfens von der ersten Anlage bis zur Ernte und dem Trocknen nach eigenen Erfahrungen von

Friedrich Wirth,

Besitzer des Kastenbergs bei Zeitzung in Württemberg.

Mit 12 lithographirten Tafeln in Folio und zwei Holzschritten, enthaltend Abbildungen von Drahlanlage-Systemen, Trockenanstalten, Werkzeugen, Geräthen etc.

Zweite vermehrte Auflage. 8. Gehftet 3 Mark. Stuttgart, April 1877.

Gesuch. Bei einer deutschen Familie in Baden-Baden, die im Laufe dieses Sommers nach dem Auslande (Holland) zieht, wird gegen Mitte Mai eine erfahrene, sanfte Kinderfrau gesucht zur Pflege eines Kindes von zwei Monaten.

Kur solche, die mit guten Zeugnissen versehen sind, wollen sich anmelden unter der Chiffre A V bei der Expedition dieses Blattes. N. 235 L.

Stellegeſuch. N. 238 L. Ein geb. Mädchen aus guter Familie, im Alter von 20 Jahren, evang. Konfession, das schon einige Jahre in einem Herren- und Damenkonfektionsgeschäft thätig, in allen weibl. feinen Arbeiten, sowie Kleidermachen und Sägen erfahren, und auch einige Kenntniß in der franz. Sprache besitzt, wünscht baldige Stellung als Verkäuferin in einem ähnlichen Geschäft. Auch würde solches gerne zur Stütze einer allein stehenden Dame eintreten. Beste Referenzen stehen zur Seite.

Ankunft ertheilt die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Für gediente Militärs oder Invaliden.

Für das Comptoir einer größeren Fabrikstadt Württembergs wird ein in der Feder bewandelter lediger Mann, welcher eine gute Handschrift schreibt, für Besorgung der gewöhnlichen Bureauarbeiten gesucht.

Es können nur solche Bewerber berücksichtigt werden, welche beschriebene Ansprüche stellen, da der Posten ein angenehmer und dauernder ist.

Offerten mit Angabe des Alters, sowie bisheriger Laufbahn werden unter Chiffre A. W. No. 100, postlagernd Göppingen erbeten.

Köchin-Gesuch. N. 185 B. Dittsch. Das Offizier-Kasino zu Dittsch in Lothringen sucht zum 5. Mai eine Köchin, welche die selbständige Bewirtschaftung der Küche übernehmen kann.

Wendungen mölle man an den Vorstand des Offizier-Kasinos zu Dittsch adressiren.

Reiseartikel. N. 202 L. Von leistungsfähigen Firmen werden die Reisen theilweise oder ganz gegen Provision übernommen. Offerten unter M. O. 25. an die Expedition dieses Bl.

Bäckerei-Verpachtung. N. 152 B. Eine gangbare Bäckerei ist sogleich zu vermieten. Näheres bei M. H. H. Conwitte, Straße Nr. 43 in Freiburg. N. 152 B.

Hofgutsverpachtung. N. 221. Langenstein, Großbad. Bezirksamt Stodach.

Das Hofgut „Stodachhof“, diesiger Gemarkung, bestehend aus 48 Hektar 85 Ar Gärten, Acker und Wiesen, neuen Bohnen- und Delonmelgebäulichkeiten mit Dampf- und Wasserkraft, mit Vermögen- und Leumundzeugnissen belegt, längstens bis Samstag den 12. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, wo die Eröffnung der Sommissions-Offerte geschieht, bei uns einzusehen.

Die Pachtbedingungen, sowie das Hofgut selbst können inzwischen dahier eingesehen werden.

Die Bodenbeschaffenheit ist vorzüglich, Entfernung bis zur Bahn 2 1/2 Stunden und Gelegenheit zum Milchverkauf geboten. Langenstein, den 16. April 1877.

Größtlich Douglas'sches Rentamt. G. u. t.

Wirtschaftsverkauf. N. 226. 2. Forbach (Wurgthal).

Der Unterzeichnete hat

Samstag den 21. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in seiner Wohnung folgende Liegenschaften öffentlich versteigern:

1. Ein zweistöckiges Wirtschaftsgebäude mit Realtheilgerechtigkeit zum Löwen, 1 Neubau, Stallung und 2 Kellern, nebst

2. 1 Morgen 191 Ruthen Garten, Wiesen und Ackerland. Forbach, den 13. April 1877.

Kah. J. Löwen.

N. 237 L. Nr. 4040. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Zur Feier der 25jährigen Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs findet am Sonntag den 29. April d. J., Abends 7 Uhr, in unserer neu erbauten Festhalle ein großes Festbankett, verbunden mit Abendessen für etwa 1200 Personen statt, wofür, incl. 1/2 Flasche Wein, ein Preis von 3 A festgesetzt worden ist. Dabei wird bemerkt, daß die Teilnahme beim Festbankett auch zur Befichtigung des Abends nach 9 Uhr im Stadtpark bei der Festhalle abgebrannt werdenden Feuerwerks auf reservirtem Platz berechtigt.

Die Berechtigungsarten werden vom 25. ds. Mts. an ausgegeben, zuvor aber Vorerkundigungen darauf von der Stadtgartenkommission (Stadtrathsekretariat Zimmer 44) angenommen.

Karlsruhe, den 18. April 1877. Der Stadtrath. Lauter. Schumacher.

In der Nähe von Konstanz

ist ein auf erhöhtem Punkte prächtig gelegenes herrschaftliches Landgut, bestehend aus einer massiv erbauten Villa mit 14 Zimmern, 2 Küchen, 2 Mädchenstuben, geräumigen Kellern, Delonmelgebäude mit einer weiteren hübschen Wohnung von 7 Zimmern, 1 Manfabe, 1 Küche, geräumiger Scheune mit Stallung, Remisen etc. etc., großen Hofe mit 2 laufenden Brunnen, einem 3-4 Morgen großen Garten mit Porcellanen und schattigen Bäumen, endlich ca. 20 Morgen Land (Acker, Wiesen, Nebel) preiswürdig feil und kann mit oder ohne letztere Grundstücke erworben werden. Von dem Gute aus, dessen Bodenverhältnisse sehr günstig sind, genießt man eine herrliche Aussicht auf den Ober- und Untersee und die Alpen, und empfiehlt sich dasselbe als ein höchst angenehmes, bequemes und nützliches Besitzthum. Mit dem Verkauf ist beauftragt die Liegenschafts-Agentur von Albert Kotsinger in Freiburg i. B. N. 231 L.

Centesimal-Brücken-Waagen,

Dezimal-Waagen und Vichwaagen jeder Größe, Tragkraft und Construction. Mannheim'sche Maschinenfabrik. Schenk, Mohr & Elsässer.

Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Für den hiesigen Rheinbrückenbau suche ich einen tüchtigen Bauaufseher gegen 450 M. pro Tag. Beste Zeugnisse verlangt. Altbreisach, den 18. April 1877. Der Eisenbahn-Baumeister J. S. Dr. Lanzenheimer, Bmstr.

Großherzogliche Kunstschule.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten im Hauptbau der Schule ist vom 20. bis mit 22. d. M. in den Stunden von 10-1 und 2-4 Uhr dem Publikum geöffnet. Karlsruhe, den 19. April 1877. Die Direktion.

Schweizerische Nordostbahn.

Zu verkaufen: Circa 2700 Tonnen alte Schienen, im Bahnhof Zürich lagernd. Nähere Auskunft ist erhältlich durch den Bahnbetriebs-Ober-Ingenieur daselbst. Offerten auf das Ganze Loos oder einzelne Partien desselben sind bis Ende dieses Monats an die Direktion zu richten. Zürich, im April 1877. (M12712)

Associe-Gesuch. N. 201 L. Eine rentable Fabrik sucht sich durch einen Theilhaber zu erweitern und beläme ein Kaufmann den Vorkauf. Offerten unter A. M. 45. an die Expedition dieses Blattes.

Commis, evang., der sich auch zum Reisen qualifizirt. Vorläufiger Gehalt M. 600. bei freier Station. Franco-Offerten sub Chiffre Z 3262 befördert die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Frankfurt a. M.

Stammholz-Versteigerung. N. 229. 2. Philippsburg.

Ans diesseitigem Gemeindevorstand Wolgan werden

Mittwoch den 25. ds. Mts. 29 Eichenstämme und 13 Ferkelstämme, sogenannte Holländer, öffentlich auf dem Plage versteigert. Zusammenkunft Vormittags 9 Uhr in Abtheilung 6 auf dem langen Marktweg. Philippsburg, den 17. April 1877. Bürgermeisteramt. Kopp.

Berm. Bekanntmachungen. N. 196. 2. Nr. 1234. Mannheim.

Die rechtsseitige und mittlere Deffnung der hiesigen Kettenbrücke soll im Laufe dieses Jahres umgebaut werden. Das erforderliche Quantum eigener Holzstücke beträgt rund 50 Kubikmeter. Die einzelnen Hölzer sind 2,75 Meter lang, am einen Ende 10,5, am anderen 4,5 Centimeter stark und in einer Breite von 15-30 Centimeter zu liefern. Etwaige Angebote wollen brieflich, versteigert und mit der Ueberschrift „Holzlieferung für die Kettenbrücke“ versehen, bis zum 30. April d. J., Morgens 10 Uhr, auf dem Bureau der unterzeichneten Inspektion eingereicht werden, an welchem Zeitpunkte die Einläufe eröffnet werden. Mannheim, den 13. April 1877. Groß. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion. S. B. d. J.-B. S. Baer.

Zwangsliegenschafts-Versteigerung. N. 126. 2. Gerusbach.

In Folge richtiger Verfügung werden dem städtigen Bauunternehmer Josef Kretschmann von hier am

Montag den 7. Mai J., Nachmittags 4 Uhr, in dem Rathhause dahier öffentlich zu Eigentum versteigert und endgiltig zugeschlagen, wenn der Anschlag oder mehr geboten wird.

1. 4 Viertel 24 Ruthen Rastengarten auf dem Rumpelstein . . . 630 M.

2. 1 Viertel 16 Ruthen Rastengarten im Gerusbach . . . 90 M.

3. 3 Ruthen Krautgarten im Breitenweg . . . 65 M.

4. 4 Viertel 2 Ruthen Garten auf der Ulfelbach mit einer darauf erbauten 2stöckigen Villa mit Balkeneller, Treppen- und Zingelbau, Veranda, Remise und Wäschküche . . . 22.000 M.

Summa 22.785 M. Gerusbach, den 9. April 1877. Der Groß. Notar Wießler.

N. 243. 1. Karlsruhe.

Groß Bad. Staats-Eisenbahnen.

Aus Anlaß der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs wird für die Fahrt nach Karlsruhe und zurück eine Fahrpreisermäßigung in der Weise eingeräumt, daß die einfachen Billete zur Einfahrt nach Karlsruhe, welche am 28. und 29. April bei jeder beliebigen Station der Badischen Bahnen gelöst werden, vom 29. April an innerhalb der für Retourbillete bestehenden Gültigkeitsdauer zur Rückreise berechtigen. Karlsruhe, den 19. April 1877. General-Direktion.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 20. April d. J. treten für Petroleumtransporte in Wagenladungen von 10.000 Kilgr. ab Triest und Fiume nach den diesseitigen Italienisch-Deutschen Betriebsstationen über Villach-Franzensfelde-Kufstein ermäßigte Frachttarife in Kraft, welche in dem seit dem 15. Februar l. J. bestehenden Spezialtarife für Petroleumtransporte ab Triest und Fiume nach Deutschland und der Schweiz enthalten sind.

Exemplare dieses Spezialtarifes sind bei den bezeichneten diesseitigen Stationen unentgeltlich zu erhalten. Karlsruhe, den 18. April 1877. General-Direktion.

Liegenschafts-Versteigerung. N. 218. Bruchsal.

Ans der Verlassenschaft des Carl Friedrich Hofeinz von hier werden

Freitag den 4. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Rathhause zu Bruchsal die nachbenannten Liegenschaften der Erbtheilung wegen versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag oder mehr geboten ist.

1. 8 Ruthen 32 Fuß Haus u. Hofstätte mit Zagehör und 3 Ruthen 94 Fuß Stallung und Hofstätte, in der Schönbornstraße, neben Joh. Georg Kappehölzer, Hofapotheker Thum, Josef Franz und Handelsmann Wittlinger, vorn die Straße, hinten Kronenwirt Keller . . . 25500. —

2. 1 Viertel 35 Ruthen Acker im Sand, neben Ferd. Reilbach und Josef Döbner . . . 600. —

3. 1 Viertel 7 Ruthen Acker links am alten Unterwiesheimer Weg, beim Langengrund, neben Franziska Wiedemann . . . 135. —

Zu gleicher Zeit wird das vorhandene Waarenlager, bestehend aus Kolonial-, Spezeret- und Kurzwaaren, sammt vollständiger Labeneinrichtung, im Klumpen versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag von . . . 23441. 25 geboten ist.

Zusammen 49676. 25 Das Inventar kann jeden Mittag bei dem Unterzeichneten, wie im Steigerungstage selbst eingesehen werden. Bruchsal, den 13. April 1877. Groß. Notar Ritzgesner.

Vergebung von Bauarbeiten. N. 227. 1. Nr. 427. Balbsbut.

Die zur Wiederherstellung der Kirche in St. Klaffen erforderliche Steinhauearbeit, veranschlagt zu 4715 M. 30 Pf., soll zufolge höherer Ermächtigung im Wege schriftlichen Angebots in Afford gegeben werden.

Zudem wir lufttragende Meister zur Abgabe von Angeboten einladen, bemerken wir, daß die Bedingungen, Voranschläge und näheren Bedingungen auf dem Geschäftszimmer Groß. Domänenverwaltung in St. Klaffen zur Einsichtnahme anliegen. Etwaige Angebote sind längstens bis Dienstag den 1. Mai d. J. an die unterzeichnete Stelle postfrei einzulegen.

Hausverkauf. N. 216. 2. Durlach.

Die Frau Wittwe und Erben des Groß. bad. Bezirksrentenamt v. H. Herrn Josef Roth von hier lassen das ihnen gehörige zweistöckige Wohnhaus Nr. 5 an der Leopoldstraße hier mit Zingelbau, Stallung und Gärten am

Montag den 23. ds. Mts., Nachmittags 3 Uhr, in dem Hause selbst einer nochmaligen Versteigerung aussetzen.

Dieses am Schloßplatz gelegene Wohnhaus enthält im unteren Stockwerke: 5 Zimmer, Küche, Holzremise und Wäschküche, im zweiten Stocke 3 Zimmer und Küche, im Dachboden 4 Speicherkammern und großen Speicherraum, sowie unter dem Hause 2 gemauerte Keller, und eignet sich auch vermöge dieser abgetheilten Räumlichkeiten zum Betrieb eines größeren Geschäfts.

Es wird sogleich der endgiltige Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis von 24.000 M. oder mehr geboten wird, sowie auch ein Privatverkauf abgeschlossen werden kann. Durlach, den 16. April 1877. Der Groß. Notar S. Buch.

Ein Kanzeleigebilde. N. 190. 2. Ueberlingen.

mit den Geschäften einer Gerichtsnotariats-Kanzlei vertraut, soliden Charakters, kann binnen drei Monaten oder auch früher bei der unterzeichneten Stelle eintreten. Gehalt 1000 M. Ueberlingen, den 15. April 1877. Groß. bad. Amtsgericht. Gerichtsnotar Fiefl.

ACHTES BOTOT WASSER

Einziges Zahnreinigungsmittel von DER ACADEMIE UND DER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT IN PARIS GUTGEGHESEN

BOTOT'S PULVER

China Zahnreinigungsmittel

TOILETTEN-ESSIG vorzügliche Qualität. LE SUBLIME Hält das Ausfallen der Haare sofort auf. TOILETTEN-WASSER ohne jede Säure.

Haupt Niederlage: 229, rue St-Honoré, bei der rue Castiglione PARIS. Niederlage: 18, boulevard des Italiens. PARIS.

In Karlsruhe Niederlage für Deutschland bei Herrn WOLFF u. SCHWINDY. Berlin: Hch. MEYER jr., 16, Krausenstrasse.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Mit einer Beilage.)